

Europa - Demokratie - Esperanto (EDE)

Kurzprogramm für die Europawahl 2009

EDE ist Teil der im Jahr 2003 von Frankreich ausgegangenen europäischen Bewegung Europa - Demokratie - Esperanto, die die internationale Brückensprache Esperanto und die dahinter stehenden Ideen in die politische Diskussion einbringen möchte.

Die historischen Wurzeln von EDE

Die programmatischen Ideen und Ziele von Europa - Demokratie - Esperanto haben historische Wurzeln und stehen unter anderem in der Tradition der Französischen Revolution mit ihren Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und des Hambacher Festes, das als Geburtsstunde der deutschen Demokratie angesehen wird. EDE steht auch in der Tradition der Friedensbewegung und der Ideen der Europäischen Bewegung.

Eine Wurzel sind natürlich auch die Ideen von Ludwig Zamenhof, die zu seiner völkerverbindenden internationalen Sprache Esperanto führten: Er wünschte, ein neutrales Fundament zu errichten, auf dem die verschiedenen Völker der Menschheit in Freiheit, Frieden und Brüderlichkeit miteinander verkehren können, ohne dass die einen den anderen ihre nationalen Eigenarten aufdrängen. Er vertrat die richtige Auffassung, dass alle Nationalsprachen grundsätzlich gleich sind. Er wollte ermöglichen, dass die Menschen sich allen Kulturen auf der Grundlage der Gleichberechtigung nähern können. So wie er gegen eine Vorherrschaft bestimmter Sprachen und Kulturen eintrat, setzte er sich auch für die innergesellschaftliche Emanzipation und Demokratisierung ein.

Die Zielsetzungen von EDE verfolgen eine historische Linie und sind in europäische Traditionen eingebunden. Für EDE kommt es darauf an, europäische Gemeinsamkeiten zu entwickeln, zu fördern und sichtbar zu machen und auch so die Fundamente für einen dauerhaften wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt Europas zu schaffen. Diese Ideen und Traditionen weisen jedoch über Europa hinaus. Darum will sich EDE dafür engagieren, dass sich die EU weltweit für Dialog, Verständigung, Frieden und Gerechtigkeit einsetzt.

Ein neuer Politikstil im Zeichen des Dialogs

EDE ist neu und will anders sein als die anderen zur Wahl stehenden Parteien und Listen. EDE lässt sich nicht in das bekannte politische Spektrum einordnen und ist nicht links oder rechts und folgt keiner Ideologie. EDE will eine realistische, pragmatische, praktische und dabei menschliche und lebensfrohe Politik machen. Dafür wird EDE sachliche Kritik üben und konstruktive Vorschläge machen. EDE fördert die gemeinsame Suche nach Lösungen für die aktuellen und künftigen Probleme und steht für eine Politik des Zuhörens, des Mitdenkens und des ehrlichen Bemühens. Daher will sich EDE für konstruktive und friedliche Debatten einsetzen, in denen über aktuelle Probleme unvoreingenommen, vorurteilsfrei und sachlich fundiert diskutiert wird und gemeinsame Entscheidungen transparent getroffen werden.

Grundlegende Ansichten, Ziele und Orientierung von *Europa - Demokratie - Esperanto*

Wir sind davon überzeugt, dass Frieden und Wohlstand in Deutschland, Europa und in der Welt nur erzielt und gesichert werden können, wenn die Menschen einander mit allseitiger Achtung begegnen und in einen freien, gleichberechtigten und offenen Dialog treten.

Demokratische Gesellschaften, in denen die Menschen sich frei entfalten können, bieten dafür eine gute Gewähr. Demokratie kann jedoch nur funktionieren, wenn die Bürger über die sie betreffenden Angelegenheiten selbst bestimmen. Grundlage dafür ist, dass sie frei ihre Meinung äußern und sich ungehindert, umfassend und objektiv informieren können und gleichberechtigt miteinander kommunizieren können.

Eine friedliche und freie Gesellschaft lebt zudem vom solidarischen Miteinander. Der Mensch ist von sich aus ein soziales Wesen. Soziale Sicherheit braucht daher nicht Bevormundung und Zwang, sondern die Schaffung hinreichender Möglichkeiten und Freiräume für ein selbstbestimmtes solidarisches Miteinander. Aus diesen Erwägungen heraus sind die Fundamente für die Politik von EDE: gegenseitige Achtung und Toleranz, gleichberechtigter offener Dialog, informierte Selbstbestimmtheit und auf Freiwilligkeit gestütztes solidarisches Miteinander.

Neben den Hauptfeldern der politischen Arbeit, die in den Bereichen der Sprachen-, Kultur- und Bildungspolitik, in der Stärkung von Demokratie, von Menschenrechten und Grundfreiheiten liegen, will EDE auch zu einer ganzen Reihe von anderen Europapolitikfeldern Stellung nehmen und programmatische Aussagen treffen. Bei allen Fragen werden Gerechtigkeit, Ausgleich, Gleichberechtigung, Respektierung von Minderheiten, Toleranz, Solidarität, Grundrechte, Frieden, Nachhaltigkeit, sparsamer Umgang mit Ressourcen bzw. Steuergeldern, Bürokratieabbau und Transparenz eine wesentliche Rolle spielen, denn EDE strebt eine andere, menschlichere Politik an.

Wesentliche Aussagen zur Europapolitik

EDE unterstützt den Prozess der europäischen Einigung und befürwortet die Europäische Union. Der Vertrag von Lissabon, mit dem der EU-Vertrag geändert wird, weist in eine richtige Richtung. Er stellt die Werte der Union an den Anfang: Achtung der Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Rechte von Minderheiten.

In einigen Bereichen gibt der Vertrag von Lissabon jedoch Anlass zu weiteren Diskussionen. Diese sollen offen und unter Einbeziehung der europäischen Bürger geführt werden. Es muss auch noch darüber gesprochen werden, ob und wie die Bevölkerung selbst über diesen Vertrag und über eine Verfassung für das Vereinigte Europa entscheiden kann. Ein demokratisches Europa seiner Bürger sollte auf einer breiten Zustimmung der Europäer fußen.

Es muss zudem darauf hingewirkt werden, dass sich die Bürger Europas mit dieser Union identifizieren, um sie gemeinsam weiterzuentwickeln. Die europäische Union darf nicht die Veranstaltung von Eliten sein oder nur dem Interesse bestimmter Gruppen dienen, sondern soll die Union ihrer Bürger werden, ein gemeinsames Haus, in dem sich alle zuhause fühlen und frei entfalten können und in dem jeder seine Sprache und Kultur pflegen kann, ohne von oben verordnete Gleichmacherei.

Die europäische Union soll die Mitgliedstaaten nicht ersetzen, solange dies nicht der erklärte Wille der großen Mehrheit der Bevölkerung ist. Die europäische Union soll nur da Regelungen treffen, wo gemeinsame Regeln notwendig und sinnvoll sind. Das Prinzip der Subsidiarität ist zu stärken.

EDE will beitragen zur Herstellung eines europäischen Bewusstseins, um darüber hinaus zu einem internationalen Bewusstsein zu gelangen. Dies in der Erkenntnis, dass der Erhalt und die Förderung der Vielfalt einen Gewinn für alle bedeuten. Dieser Gewinn kann aber nur dann fruchtbar gemacht werden, wenn der ungehinderte geistige Austausch, gleichberechtigte Kommunikation und offener Dialog über alle Grenzen hinweg möglich sind und sich die Vorstellung verbreitet, dass friedliches Miteinander und die gemeinsame Suche nach Lösungen die Grundlage bilden für eine bessere Zukunft für alle Menschen.

Das Gemeinsame Europa braucht eine starke Demokratie

Damit die Ziele des vereinten Europas, insbesondere Frieden und Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit, sprachliche und kulturelle Vielfalt und eine lebenswerte Umwelt für und mit allen Bürgern Europas erreicht werden können, muss die europäische Union ihr noch erhebliches Demokratiedefizit überwinden.

Wichtige Prinzipien der Demokratie wie die Gewaltenteilung werden noch nicht beachtet: Die europäischen Gesetze (Verordnungen und Richtlinien) werden nicht vom europäischen Parlament gemacht, sondern von der europäischen Kommission, deren Mitglieder nicht von den europäischen Bürgern gewählt, sondern von den Regierungen der Mitgliedstaaten bestimmt werden. Eine wirkliche Mitsprache der Bürger ist noch nicht möglich. Formen der direkten Demokratie wie Bürgerbegehren und Volksentscheid fehlen zudem noch. Für eine funktionierende Demokratie auf europäischer Ebene bedarf es in Europa einer besseren und umfassenderen Information der Bürger und der Schaffung von mehr Möglichkeiten, miteinander in allen Bereichen und auf allen Ebenen gleichberechtigt zu kommunizieren.

Die europäische Union wird von vielen ihrer Bürger als eine ihnen fremde Bürokratie empfunden, die bevormundend in ihr Leben eingreift. Hier sind Transparenz, Information und Mitsprache nötig. Noch immer ist die Europäische Charta der Grundrechte nicht in Kraft. Die Bürger brauchen jedoch Schutzrechte, die sie gegenüber den Organen der europäischen Union unmittelbar geltend machen können.

EDE will sich insbesondere einsetzen für die Stärkung der Demokratie und der Grundrechte in Europa, vornehmlich der Persönlichkeitsrechte und der Meinungs- und Informationsfreiheit, für den direkten grenzüberschreitenden politischen und gesellschaftlichen Dialog der europäischen Bürger und für die Integration aller Bürger Europas in das europäische Geschehen. Wir wollen am Aufbau einer gesamteuropäischen Demokratie mitwirken, in der die Menschen oder die von ihnen gewählten Vertreter abseits politischer oder nationaler Blöcke über die sie bewegenden politischen Fragen sprechen. Damit sich die Menschen, Bürger, Abgeordneten austauschen und debattieren können, müssen sie jedoch eine gemeinsame Sprache sprechen. D.h. es ist grundlegend, dass zuerst die (sprachliche) Basis für einen wirklichen Dialog geschaffen werden muss. Dann kann auch das europäische Demokratiedefizit verringert werden.

Wir schlagen Esperanto vor als Kommunikationsmittel und als Hilfsmittel zur Gewährleistung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf ungehinderte Information für jeden europäischen Bürger ohne Unterschied nach Nation, Sprache, Bildung, Besitz etc. Wir wollen Esperanto zu einem Schlüssel zu einer tatsächlichen Gründungsakte für die europäische Demokratie machen. Esperanto kann Grundbaustein sein, um im Vielvölker- und Vielsprachen-Europa Demokratie zu erreichen und das gemeinsame europäische Haus schneller und solider aufzubauen.

Wesentliche Aussagen zur Sprachpolitik

EDE setzt sich dafür ein, dass dem Thema Sprachen in Europa größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, und dass die EU ihre bisherige Sprachenpolitik ändert. Die außerordentlich wichtige Spra-

chenfrage muss auf die Agenda der europäischen Politik kommen. Denn durch die Sprachenpolitik werden wesentliche Grundlagen für die europäische Integration, für das politische Funktionieren und die Weiterentwicklung des gemeinsamen Marktes und der Europäischen Union insgesamt gelegt. Sprachenpolitik in Europa ist zudem eng mit den Grundrechten, verbunden.

EDE will sich aktiv für solche Sprachenregelungen in der EU, aber gleichzeitig auch in den einzelnen Mitgliedstaaten einsetzen, die das gemeinsame Europa gesellschaftlich, politisch, sozial und wirtschaftlich weiterbringen, die Chancengleichheit für alle Bürger sicherstellen, und die insbesondere auch für Deutschland und die hier lebenden Menschen geringere Kosten und größeren Nutzen bedeuten.

Wir wollen ein Europa aller Bürger ohne Hegemonie eines Volkes oder einer Sprache. Wir wollen auch kein Zweiklassen-Europa, in dem einige Sprachen auf Kosten der anderen bevorzugt werden. EDE will sich für eine gerechte und demokratische Lösung internationaler Sprachenfragen und für die Erhaltung der sprachlich-kulturellen Vielfalt in Europa und der Welt einsetzen.

Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bedeuten, dass alle Bürger von Geburt an dieselben Chancen auf Teilhabe und denselben Schutz vor Diskriminierung, auch vor sprachlicher Diskriminierung haben. Dies muss gerade in der Europäischen Union konsequent umgesetzt werden.

Demokratischer Dialog kann nur mit einer leicht zu erlernenden Brückensprache geführt werden, die niemandem gehört und nicht die Muttersprache eines Volkes ist. Ein Kommunikationssystem, in dem alle Menschen gleichberechtigt sind und keine Nation benachteiligt ist, kann nur mit einer neutralen Sprache erreicht werden. Wir schlagen daher Esperanto als Verständigungsmittel für Europa vor. EDE will Esperanto aber nicht an die Stelle der Muttersprachen, der National-, Regional- und Minderheitensprachen setzen. Esperanto soll die anderen Sprachen nicht verdrängen, sondern im Gegenteil zu ihrer Stärkung und Bewahrung beitragen.

Europa soll ein Beispiel für erfolgreiche Integration werden, das die Vielfalt seiner alten und neuen Bürger nicht als Hindernis oder gar als Gefahr ansieht, sondern als Chance nutzt. EDE will nicht Assimilation, sondern Integration der Zuwanderer unter Erhalt ihrer eigenen Sprache und Pflege ihrer Kultur. Sie und ihre Nachkommen können durch sprachliche und kulturelle Verbundenheit Brücken für freundschaftliche, wirtschaftliche und andere Kontakte aller Europäer mit den ehemaligen Heimatländern sein.

EDE will langfristig erreichen, dass Esperanto zur ersten Fremdsprache wird und den Europäern mit Esperanto ein Hilfsmittel an die Hand gegeben wird, mit dem sie bereits ohne großen Aufwand in den Dialog miteinander treten können, und mit dem jeder in den Genuss fremdsprachiger Kommunikation kommen kann.

Bis die Forderung nach Esperantounterricht in allen Grund- und weiterführenden Schulen sowie in den Hochschulen in Europa durch- bzw. umgesetzt wird, wird sich EDE für kleine zielführende Schritte einsetzen, die zur Popularisierung des Esperanto beitragen, damit es sich dann wegen des immer weiter steigenden praktischen Werts auch von selbst weiterverbreitet.

Solange Esperanto noch nicht den Stellenwert hat, der ihm gebührt, und solange die Sprachenfrage noch nicht im Bewusstsein der europäischen Bürger, der Politik und Verwaltung verankert ist, wird EDE das Thema Sprachen immer wieder auf die Tagesordnung bringen und sich um die Sensibilisierung der Gesellschaft und ihrer Verantwortlichen bemühen, damit das mit der europäischen Sprachenfrage verbundene gesellschaftliche Problem in seiner wachsenden Brisanz endlich erkannt wird und tragfähige Lösungen gefunden und umgesetzt werden.

Solange die Muttersprachen in der EU nicht gleichberechtigt sind, wird sich EDE auch für eine Aufwertung der deutschen Sprache in der EU stark machen. Deutsch muss in der EU Arbeits- und Veröffentlichungssprache sein.

Wesentliche Aussagen zur Kulturpolitik

Wir wollen, dass in Europa die kulturelle Vielfalt bewahrt und das gemeinsame kulturelle Erbe aktiv geschützt wird. Es darf keine kulturelle Vorherrschaft einer Gruppe oder Nation geben. Jede Europäerin und jeder Europäer soll die eigene Kultur leben und pflegen können, ohne von oben verordnete Gleichmacherei. EDE will für die Rechte kultureller Minderheiten auf Schutz, Pflege und Förderung ihrer Kultur eintreten.

Die Europäische Union soll insbesondere auch sogenannte alternative Kulturprojekte, Kulturzentren, Stadtteilkultur etc. stärker fördern und Mittel für einen europäischen Kulturaustausch auf der Ebene solcher bürgernahen Initiativen zur Verfügung stellen.

Damit sich die Menschen Europas gegenseitig kennenlernen, soll die EU einen den kulturellen Austausch fördernden Tourismus unterstützen. Andere Möglichkeiten zum Kennenlernen der europäischen Vielfalt sollen ebenso gefördert werden wie z.B. Kultur-Partnerschaften, interkulturelle Kulturaktivitäten und Ähnliches. Dabei sind durch einen entsprechenden europäischen Fonds die wirtschaftlichen Unterschiede der Teilnehmer aus den verschiedenen Mitgliedstaaten auszugleichen.

EDE setzt sich auch für die verstärkte Entwicklung des freiwilligen Austauschs von Schülern, Auszubildenden, Studenten, Arbeitnehmern, Selbständigen und nicht Berufstätigen ein. Denn nur ein bewusster und intensiver Kontakt mit den Menschen in den anderen EU-Mitgliedstaaten führt zu einer dauerhaften und für alle fruchtbringenden europäischen Gemeinschaft.

EDE möchte dazu beitragen, dass erhebliche Freiräume bleiben für unterschiedliche Entwicklungen und für den Erhalt eines möglichst vielfältigen kulturellen Formenreichtums in der EU. Wir wollen, dass die Öffentlichkeit über Gefahren für die kulturelle Vielfalt informiert wird, dass die Menschen für solche Fragen sensibilisiert werden und sich möglichst selbständig für den Schutz und die Förderung der Kulturen engagieren. Die EU soll hier vor allem anregend und unterstützend tätig werden. Die EU soll auch verstärkt wissenschaftliche Forschungen und Untersuchungen über die europäischen Kulturen mit der Zielrichtung des Erhalts und der Förderung der kulturellen Vielfalt finanzieren. Durch einen möglichst gesamteuropäischen Dialog sollen diejenigen Faktoren ermittelt und abgebaut werden, die kultureller Vorherrschaft Vorschub leisten.

EDE will, dass die Kulturen der EU-Mitgliedstaaten auch außerhalb der EU bekannt gemacht werden. Dies soll aber in Form eines gleichberechtigten Kulturaustauschs geschehen. Die EU soll anderen nicht ihre „europäische Leitkultur“ aufdrängen. Vielmehr soll sie sich weltweit gegen Kulturimperialismus einsetzen.

EDE schlägt die Einrichtung eines Europäischen Kulturrats vor. Dieser soll einen regelmäßigen Bericht über die Lage insbesondere der gefährdeten Kultur(form)en in Europa erstellen und soll Warn-, Vorschlags- und Koordinierungsfunktionen zum Schutze und zur Förderung der kulturellen Vielfalt in Europa haben.

Wesentliche Aussagen zur Bildungspolitik

EDE vertritt die Auffassung, dass lebenslanges Lernen notwendig und sinnvoll ist. Lebenslanges Lernen soll jedoch nicht als eine lästige Pflicht behandelt werden. Es darf nicht allein dazu dienen, dass die Menschen für den Arbeitsmarkt „fit“ bleiben. Lebenslanges Lernen soll vielmehr zu persönlicher Bereicherung und geistiger Gesunderhaltung beitragen. Das wirkt sich auch

gesamtgesellschaftlich positiv aus.

Im Vordergrund einer jeden Bildung und Erziehung sollen Spaß und Freude stehen, das Erleben von Gemeinschaft, die Entwicklung gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Unterstützung, die Erkenntnis des Sinns von Zusammenarbeit, das Erfahren der eigenen Entwicklung, das Erkennen und Nutzen eigener Potentiale, die Ausbildung der eigenen Fähigkeiten, Freude am eigenen Erfolg und am Erfolg der anderen, und nicht zuletzt die Erkenntnis, dass intensive Beschäftigung mit den Dingen Genugtuung und Erfolg bringt.

Das Lernen soll möglichst selbstbestimmt sein. Für ein selbstbestimmtes Lernen ist es notwendig, dass sich die Rolle der Lehrer, Ausbilder, Kursleiter, aber ebenso der Eltern sowie der gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Einrichtungen schrittweise verändert. Sie sollen begleiten, unterstützen, anregen, gutes Beispiel sein.

Ziel von schulischer und außerschulischer Bildung soll es sein, dass die jungen Menschen starke Persönlichkeiten mit einem eigenen Willen werden, die sich ihrer selbst und ihrer Eigenheit und Besonderheit bewusst sind und sich selbstbewusst auf gleicher Augenhöhe mit ihren Altersgenossen begegnen und wissen, ihre Interessen miteinander und nicht gegeneinander durchzusetzen.

Nur aufrechte Menschen können eine freie und solidarische Gesellschaft bilden. Zwang darf in der Erziehung nur das allerletzte Mittel sein. Denn Druck und Zwang erzeugen Gegendruck, zwanghafte Charaktere oder angepasste Duckmäuser. Unsere Gesellschaft ist geprägt von Zwängen, Leistungsdruck und falschem Egoismus auf Kosten der Anderen. Nicht von ungefähr wächst die Zahl der psychischen Störungen und der psychosomatischen Erkrankungen. Drogenkonsum und Selbstmordraten nehmen zu. Wir müssen verhindern, dass wir eine kranke Gesellschaft werden. Die sich häufenden Fälle von Gewalt an den Schulen machen den vermehrten Einsatz von Schulpsychologen und Sozialarbeitern notwendig. In diesem Bereich darf nicht gespart werden. Gleichzeitig müssen die Erwachsenen lernen, den jungen Menschen zuzuhören und sie mit ihren Sorgen und Problemen ernstzunehmen.

EDE will seinen Beitrag dazu leisten, dass über pädagogische Fragen verstärkt diskutiert wird und sich das Bewusstsein bildet für die Notwendigkeit einer Veränderung unseres Bildungssystems. Dazu gehört es, dass alternative Bildungsformen größeren Raum und mehr staatliche und gesellschaftliche Unterstützung erhalten und dass die in Europa existierenden unterschiedlichen Modelle miteinander verglichen werden und erfolgreiche Konzepte europaweit größere Bekanntheit erlangen.

Es darf keine Aufteilung der Jugend in eine Elite und die breite Masse in Abhängigkeit von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern geben. Vielmehr soll eine optimale Förderung der Fähigkeiten und Begabungen eines jeden Kindes erreicht werden.

EDE setzt sich für die Vielfältigkeit von öffentlich-rechtlichen und privaten Schulangeboten und Abschlüssen ein. Dabei muss jedoch die Möglichkeit des Wechsels der Schule bzw. Schulform gewährleistet sein. Schließlich will sich EDE dafür einsetzen, dass schulische und außerschulische Bildungs- und Freizeitangebote besser aufeinander abgestimmt werden.

Der gesellschaftswissenschaftliche Unterricht in Fächern wie Geschichte und Geografie darf nicht aus der Perspektive nur des jeweiligen Landes oder gar einer bestimmten Interessengruppe erteilt werden, sondern soll die Wirklichkeit darstellen und Europa insgesamt und auch die außereuropäische Welt vorurteilsfrei widerspiegeln. Schule soll zur Bildung und Entwicklung eines Bewusstseins weltweiter Verständigung, Verantwortung und internationaler Verbundenheit und Solidarität und zum Abbau von eventuellen Ängsten und Vorurteilen gegenüber "Fremden" beitragen. EDE will erreichen, dass sich die Europäische Union im Rahmen ihrer unterstützenden

Aktivitäten im Bildungssektor für eine transnationale Erziehung einsetzt, in der den Schülerinnen und Schülern eine Welt ohne Grenzen nahegebracht wird, in der jedes Land ein Stück Heimat ist. Der Sprachunterricht darf neben der Vermittlung einer Sprache nicht gleichzeitig ein bestimmtes Weltbild vermitteln. Der Sprachen- wie der gesamte Schulunterricht soll eine neutrale und weltoffene Ausrichtung haben.

Jeder soll die Möglichkeit erhalten zu einer aus Steuermitteln finanzierten Bildung bis zum Abschluss eines Hochschulstudiums bzw. bis zu einer Meisterprüfung. Nur, wenn jeder die Möglichkeit hat, seine Fähigkeiten am besten zu entwickeln und diese dann auch im Beruf einzusetzen, entsteht auch ein größtmöglicher Nutzen für die Gesellschaft. Die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen darf nicht an zu hohen Lehrgangskosten scheitern. Zinslose Bildungskredite müssen breiten Schichten den Zugang zur Erweiterung von Kenntnissen und Fähigkeiten ermöglichen.

Die Europäische Union soll den europaweiten Austausch von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen fördern. Bestehende Förderinstrumente sollen bekannter gemacht werden. Es muss für jeden Bürger in der Praxis wahrnehmbar sein, dass er Bürger Europas ist.

An den europäischen Hochschulen ist nicht zuletzt durch den sogenannten Bologna-Prozess eine Entwicklung hin zu immer kürzeren, abgespeckten Studiengängen festzustellen, die - immer stärker an den Wünschen der Wirtschaft ausgerichtet - nur auf bestimmte, eingegrenzte Tätigkeiten hin ausbilden. Wesentliche Grundlagen wie z.B. die Auseinandersetzung mit den historischen, soziologischen und ethisch-philosophischen Aspekten des jeweiligen Studienfaches, die interdisziplinäre Einbindung desselben in einen weiteren Kontext, kommen wie die Ausbildung besonderer menschlicher Fähigkeiten immer mehr zu kurz.

EDE möchte darauf hinwirken, dass ein sinnvoller Ausgleich gefunden wird zwischen den wirtschaftlichen Interessen und der gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeit der Heranbildung von Menschen mit weiten Horizonten, die ihr Tun kritisch reflektieren und auch die größeren Zusammenhänge betrachten können und so in der Lage sind, schädliche Entwicklungen zu vermeiden und nützliche Lösungen zu finden.

EDE setzt sich für die stärkere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis und für mehr fachgebietsübergreifende (interdisziplinäre) Forschung, Lehre und Praxis ein.

Wesentliche Aussagen zur Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik

Europa ist in die Weltwirtschaft und das weltweite Finanzsystem eingebunden und ein wesentlicher Akteur. Die Europäische Union muss sich für ein Weltwirtschafts- und Finanzsystem einsetzen, das nicht nur den Interessen Europas oder mächtiger Gruppen nutzt, sondern allen Ländern, Völkern und Menschen auf der Welt die Möglichkeit zu Frieden und Wohlstand eröffnet.

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise muss als Chance verstanden werden. Es ist die Zeit, neue Modelle zu entwickeln, frühere als „utopisch“ abgetane Ideen erneut und nunmehr ernsthaft zu prüfen, auszuprobieren und kreative Lösungen zu finden. Dabei muss offen und transparent diskutiert werden, und zwar unter breiter Einbindung von Wissenschaft, gesellschaftlichen Gruppen, Kulturschaffenden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden, und der Jugend, um deren Zukunft es schließlich geht. EDE will sich dafür stark machen, dass gerade auch sogenannte Minderheitsmeinungen zu Wort kommen können.

Anstatt mit Milliardenbeträgen veraltete Industriezweige zu unterstützen, sollten diese Gelder in innovative Industrien und Entwicklungen investiert werden, die langfristig mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand bringen. Hier will EDE als Fragesteller und Mahner mit dafür sorgen, dass

die Vor- und Nachteile solcher staatlicher Eingriffe genau ermittelt werden.

EDE will auch Diskussionen anregen über bislang noch viel zu wenig behandelte Fragen wie beispielsweise ein Grundeinkommen für alle. Es ist denkbar, dass die Arbeitswelt durch neue Modelle gerechter und menschlicher werden kann. EDE wird auch eine Debatte darüber anstoßen, wie die soziale Marktwirtschaft zu einer solidarischen oder solidarisch-ökologischen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden kann, in der Selbstbestimmung, Solidarität und Verantwortung für die Welt und die künftigen Generationen im Vordergrund stehen.

EDE engagiert sich auch für einen generationenübergreifenden gesellschaftlichen Dialog, damit die Generationen Verständnis für die Belange und Probleme der anderen Generationen entwickeln. Dazu regt EDE an, dass Programme und Aktivitäten gefördert werden, die einen Austausch über Generationengrenzen und ebenso über berufs- oder "Schichten"-Grenzen hinweg ermöglichen.

Zur allseitigen persönlichen und sozialen Bildung und Entwicklung gehört auch zumindest zeitweises soziales bzw. gesellschaftliches Engagement. EDE schlägt vor, dass europäische Mittel für ein "Internationales Soziales Jahr" bereitgestellt werden. Das Internationale Soziale Jahr soll nicht nur für junge Menschen zwischen Schule und Weiterbildung offenstehen, sondern auch älteren Menschen ermöglicht werden und sich nicht als "Karrierebremse" auswirken. Sozialem Engagement muss insgesamt eine größere gesellschaftliche Wertschätzung zuteil werden.

Wesentliche Aussagen zur Forschungs-, Technik- und Innovationspolitik

Die Freiheit der Forschung muss gewahrt und gefördert werden. Aber dennoch soll die Europäische Union durch finanzielle Förderung Forschungsvorhaben in den heute wichtigen Bereichen Energie, Verkehr, Gesundheit unterstützen. Die Forschungsinstitutionen, Hochschulen, Verbände, Unternehmen und gesellschaftliche Gruppen müssen in der Forschung stärker vernetzt werden, über die Landesgrenzen hinweg.

Forschung und Hochschulbildung soll in den einzelnen EU-Staaten in der Muttersprache stattfinden. Denn logisches Denken und das Beschreiben von komplexen Sachverhalten funktioniert am besten in der Muttersprache. Dass in immer mehr Forschungsprojekten die englische Sprache vorherrscht, blockiert den Forschergeist und bevorzugt einseitig die Wissenschaftler aus englischsprachigen Ländern. Als Sprache für den gleichberechtigten wissenschaftlichen Austausch eignet sich Esperanto viel besser und sollte daher als Wissenschaftssprache von der EU gefördert werden.

Die Europäische Union soll vermehrte Anstrengungen unternehmen, um junge Menschen dazu zu ermuntern, technisch-wissenschaftliche Ausbildungen zu absolvieren. Gegen den existierenden und noch weiter drohenden Fachkräftemangel müssen intensive Maßnahmen ergriffen werden.

Technik soll sich am Menschen orientieren. Der Mensch als Nutzer und Betroffener muss in die Planung und Umsetzung von Technikprojekten stärker einbezogen werden. Neben den reinen Produktions- und Verfahrenskosten müssen auch die indirekten Kosten von Technikprojekten für die Gesellschaft stärker beachtet werden.

Die Europäische Union verfügt über viele Millionen Denkfabriken. In jedem Bürger steckt ein großes Potential. Die Ideen, die Kreativität und Utopien der europäischen Bürger bleiben aber viel zu häufig im Verborgenen. Sie müssen für die Gesellschaft und die Zukunft Europas nutzbar gemacht werden. Dafür sollen europäische Ideenagenturen eingerichtet werden, die sie sammeln, bewerten und vermarkten, wobei jeder Vorschlagende im Falle einer Umsetzung angemessen finanziell honoriert wird.

Wesentliche Aussagen zur Gesundheits- und Verbraucherpolitik

Gesundheitspolitik muss den Menschen in seiner Ganzheit und im Zusammenhang mit seiner Umwelt betrachten. Dabei muss auf eine ganzheitliche Gesundheitsvorsorge ein stärkeres Augenmerk gelegt werden als auf die Behandlung von Krankheiten. Das Ziel muss sein, dass Krankheiten erst gar nicht entstehen oder zumindest frühzeitig erkannt werden.

Sogenannte alternative Heilmethoden, ganzheitliche Medizin und Techniken zur Entspannung und körperlich-seelischen Gesunderhaltung und Vervollkommnung wie Autogenes Training, Yoga, Zen etc. sollen aktiver gefördert und Teil des Alltags der Europäer werden.

Von der derzeitigen auf Medikamente und Maschinen fixierten Medizin muss zu einer Medizin nach menschlichem Maß gelangt werden. Daher müssen die Beratungs- und Untersuchungsgespräche der Ärzte wesentlich besser honoriert werden und im Mittelpunkt der Behandlung stehen.

Mit einem Aktionsplan „gesunde Gesellschaft“ soll die Europäische Union nicht nur die physische Gesundheit, sondern auch die psychosoziale Gesundheit aktiv fördern, und das schon im Vorschulbereich.

Eine europäische Gesundheitsforschung muss in konzertierter Aktion gegen sogenannte „Geißeln der Menschheit“ wie z.B. AIDS angehen. Ebenso müssen die Zusammenhänge zwischen Lebens- und Arbeitsbedingungen, Umwelteinflüssen, Umweltbelastungen und Gesundheit stärker erforscht werden.

Europa muss es sich zur Aufgabe machen, an der Gesundheitsversorgung in wirtschaftlich schwachen Regionen der Welt aktiv mitzuwirken.

Die europäische Verbraucherpolitik ist zu intensivieren. Allerdings sollen nicht mehr Regeln und Gesetze erlassen werden, sondern der Schwerpunkt soll auf mehr und besserer Information und auf der Unterstützung der Verbraucher liegen, damit sie mehr Selbstverantwortung tragen können.

Hersteller von Produkten sollen allerdings stärker als bisher verpflichtet werden, die mit der Produktion und dem Gebrauch bzw. Verbrauch und mit der Entsorgung ihrer Produkte zusammenhängenden gesundheitlichen und ökologischen Aspekte an die Verbraucher mitzuteilen. Hier müssen jedoch Möglichkeiten gefunden werden, wie die Information möglichst klar und einfach gestaltet werden kann, ohne dem Hersteller unverhältnismäßige Auflagen zu machen.

Wesentliche Aussagen zur Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik

In der europäischen Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik ist ein Umdenken notwendig, damit auch künftige Generationen ein menschenwürdiges Leben führen können. EDE wird solche Vorschläge und Entscheidungen unterstützen, die den größtmöglichen Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen bringen.

Dazu gehört es, dass die Abhängigkeit der Energieversorgung von importierten Energieträgern (Erdöl, Erdgas, Kohle) schnellstmöglich abgelöst wird von einer weitestgehend auf regenerative Energien fußenden Versorgung. Für die Forschung und den Anschub entsprechender Produktionen muss die Europäische Union wesentlich mehr leisten als bisher. Auch im Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens müssen weitere bislang ungenutzte Potentiale ausgeschöpft werden.

Ein europäischer Energieverbund muss möglichst dezentral organisiert sein und dennoch durch

eine optimierte Netzstruktur und -ausnutzung größere Versorgungssicherheit bieten als bisher. Großkraftwerke, die eine starke Kapitalkonzentration bedeuten, störungsanfällig sind und Sicherheitsrisiken darstellen, sind nach und nach vom Netz zu nehmen und durch dezentrale Lösungen zu ersetzen.

Im Energie- wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen sind bei allen Produkten und Verfahren die wirklichen Kosten von der Produktion bis zur Entsorgung sowie die Kosten zu betrachten, die die Gesellschaft oder zukünftige Generationen zu tragen haben. Produkte und Verfahren, die hohe gesellschaftliche „Nebenkosten“ verursachen, sind durch ökologisch und gesamtwirtschaftlich sinnvollere zu ersetzen.

EDE will sich dafür einsetzen, dass auch im Verkehrsbereich mehr Innovationen zum Zuge kommen. Hierzu zählen intelligente Systeme zur Verhinderung von Verkehr, eine verstärkte Rückkehr zum Transport auf der Schiene, umweltfreundlichere und besonders energiesparende Fahrzeuge und eine breite Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Ein besonderes Augenmerk muss außerdem auf die Verringerung von Verkehrsunfällen gelegt werden.

Wesentliche Aussagen zur Rechts- und Sicherheitspolitik

EDE sieht als eine wesentliche Aufgabe für die eigene politische Arbeit die Schaffung von Voraussetzungen für eine freie Kommunikation in Europa an. Daher setzt EDE sich insbesondere für die Stärkung der Grundrechte der Meinungs- und Informationsfreiheit und für die Wahrung und den Ausbau der anderen Freiheits- und der Gleichheitsrechte ein.

Die Justiz muss einschließlich der Staatsanwaltschaften von der Politik unabhängig sein. Zu dieser äußeren Unabhängigkeit gehört auch eine Stärkung der inneren Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte durch Abschaffung von unnötigen Hierarchieebenen.

Die europäischen Justiz- und Sicherheitsbehörden sollen stärker zusammenarbeiten. Dabei ist aber zu beachten, dass keine europäischen Superbehörden in einem rechtsfreien Raum entstehen. Eine effektive demokratische Kontrolle muss ebenso gewährleistet sein wie die Möglichkeit des Rechtsweges für von Handlungen dieser Organe Verletzte.

Freiheit und Sicherheit schließen einander nicht aus. Derzeit ist von Seiten der europäischen Regierungen und der Europäischen Union eine Forcierung der Sicherheitsbehörden und ihrer Mittel im Gange, bei der zu oft das vernünftige Maß überschritten und Freiheitsrechte unverhältnismäßig stark eingeschränkt werden. Zur Durchsetzung unsinniger Maßnahmen wird der Kampf gegen den Terrorismus als Begründung angeführt. Hier werden Ängste geschürt, die bei den Menschen nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu einem Verlust an Sicherheitsgefühl und Lebensqualität führen und sie in der Ausübung ihrer Freiheiten hemmen. Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und biometrische Ausweise führen zu weniger Freiheit. Untersuchungen haben ergeben, dass Straftaten durch solche Maßnahmen aber nicht effektiv verhindert werden können. Es sollten daher mehr Gelder beispielsweise in Programme zur Gewaltprävention an Schulen und zur Beseitigung der gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt sowie zur optischen Umgestaltung von Kriminalität anziehenden „Schmuddelecken“ aufgewendet werden.

Kriminalität kann auch dadurch gemindert oder sogar verhindert werden, dass die Gesellschaft insgesamt toleranter wird und Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander ins Gespräch kommen. Für ein mehr an Kommunikation und gegenseitiger Achtung will sich EDE ganz besonders einsetzen.

Zu den wesentlichen Grundrechten gehört der Datenschutz. Die europäische Union muss mehr für effektivere Möglichkeiten zur Einhaltung des Datenschutzes durch Behörden und Unternehmen tun. Wesentlich wichtiger als die Verschärfung von Sanktionen ist die Verstärkung der

Datenschutzkontrolle durch die Aufsichtsbehörden und die betrieblichen und behördlichen Datenschutzbeauftragten, deren Stellung und fachliche Qualifikation zu verbessern ist. Zu einem besseren Datenschutz gehört auch eine stärkere Aufklärung der Bürger und die Verbesserung der Möglichkeiten für den Datenschutzbewusstsein insbesondere im Internet.

Wesentliche Aussagen zur Welt- und Friedenspolitik

Wir wollen, dass sich die EU auch in ihren Außenbeziehungen für sprachliche und kulturelle Gerechtigkeit einsetzt. Die europäischen Völker haben über Jahrhunderte danach gestrebt, anderen die eigenen Werte und Denkweisen aufzuzwingen, häufig mit brutaler Gewalt. Die Gewalt als Mittel der Politik muss überwunden werden. Daher darf die EU auch nicht zu einem Militärbündnis werden.

Allerdings soll die Europäische Union die Interessen ihrer Bürger in der globalisierten Welt vertreten. Die von der EU eingesetzten Mittel müssen aber Diplomatie, Dialog, Zusammenarbeit und gezielte wirtschaftliche Unterstützung sein. Entwicklungspolitik mit der Gießkanne hat sich als ineffektiv erwiesen. Zudem darf sich Europa nicht abschotten, sondern muss offen sein für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Dazu gehört auch, dass aus der jahrhundertelangen kulturellen Einbahnstraße ein wirklicher Austausch wird. Europa kann von Asien, Afrika und Amerika viel lernen.

Durch innereuropäische Solidarität und Demokratie sowie durch erfolgreiche Integration soll Europa Vorbild sein und sich als Wahrer und Förderer von Menschenrechten und Grundfreiheiten überall auf der Welt sowie für ungehinderten geistigen Austausch, gleichberechtigte Kommunikation und offenen Dialog über alle Grenzen hinweg, für Ausgleich, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Demokratie sowie für den Erhalt der Lebensgrundlagen aller Menschen und auch der künftigen Generationen einsetzen.

EDE – Damit Europa sich versteht.

Weitere Informationen zu EDE und zu unserem Programm finden Sie im Internet auf den Seiten: www.e-d-e.eu